

Tatsachen über Schweden

Herausgegeben vom Schwedischen Institut

April 2000

Klassifizierung: TS 16 m Oc

Die politischen Parteien Schwedens

Das schwedische Parteiensystem zählte lange Zeit zu den stabilsten der westlichen Welt. Bei den Reichstagswahlen im Jahre 1921, als das allgemeine Wahlrecht zum ersten Mal Anwendung fand, errangen fünf Parteien die Sitze im Reichstag. Erst bei den Wahlen von 1988 erhielt dieses Quintett — Sozialdemokraten, Kommunisten, Moderate Sammlungs-partei (Konservative), Liberale und Zentrums-partei — einen Neuzugang in Gestalt der Umweltpartei Die Grünen, die wiederum bei den Wahlen von 1991 den Weg für zwei neue Parteien bereitete — die Christlich-Demokratische Partei und die Neue Demokratie.

Die Stabilität der schwedischen Parlamentspolitik beruhte auf dem Gleichgewicht zwischen den beiden Parteiblöcken: dem sozialistischen und dem nichtsozialistischen Block. Die Ergebnisse der Reichstagswahlen im letzten Jahrzehnt geben zu erkennen, dass das Parteiensystem etwas von seiner früheren Stabilität verloren hat.

Von 1932 bis 1976 waren die Sozialdemokraten ununterbrochen an der Macht (abgesehen von einem dreimonatigen Interregnum im Jahr 1936), und sie übernahmen 1982 erneut die Regierungsverantwortung, die sie bei den Wahlen von 1991 jedoch wieder verloren, um sie 1994 wieder zu gewinnen und 1998 zu verteidigen.

Die Entstehung der traditionellen Parteien

Liberale und Konservative

Die Anfänge des schwedischen Parteiensystems liegen in dem Zweikammerreichstag, der 1866 den Ständerichstag ablöste, welcher bis dahin das Land regiert hatte. Die reale Macht jedoch geriet zu dieser Zeit zunehmend in die Hände unabhängiger Koalitionen und freier Gruppierungen. In den 1880er Jahren führten die Industrialisierung und die damit verbundene Verstärkung der Bevölkerung zur ersten politischen Aufspaltung — jene in ländlichen Konservatismus und städtischen Radikalismus.

Schweden hatte aber nie eine klargezogene, unüberbrückbare Trennungslinie zwischen einer konservativen und einer liberalen Partei. Während die dänische und norwegische Bauernschaft die liberale Opposition stützte, wurden die schwedischen Bauern in großem Umfang zur Anhängerschaft für die Konservativen und zwar gemeinsam mit Industriebourgeoisie, Beamtschaft, Adel und Militär. Die liberalen Parteien Schwedens formierten sich unter den selbständigen Kaufleuten und Handwerkern der Städte; unterstützt wurden sie auf dem Land von den Kleinbauern und ländlichen Handwerkern, dazu ermuntert von den Freikirchen und der Abstinenzlerbewegung. Die heutige Liberale Partei und die konservative Partei entstanden 1902 bzw. 1904.

Sozialdemokraten

Die dritte Kraft in der schwedischen Politik, die bald zur stärksten werden sollte, war die Arbeiterbewegung. Die Gewerkschaften schufen die breite Basis, auf der 1889 die Sozialdemokratische Arbeiterpartei gegründet wurde. Fast von Beginn an nahm sich die schwedische Sozialdemokratie ideologisch eher die marxistisch orientierte deutsche Sozialdemokratie zum Vorbild als den franko-britischen utopischen Sozialismus. Aber abweichend von ihren deutschen Gesinnungsgenossen stellten die schwedischen Sozialdemokraten Kontakte mit den Guttemplerlogen her und gelegentlich sogar mit Freikirchen auf dem Land. So gewann die schwedische Sozialdemokratie ein großes Maß an Sympathie auch in ländlichen Gegenden. Aber, um den Vergleich mit Deutschland fortzuführen,

noch wichtiger für den erfolgreichen Aufbau der schwedischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei war das Fehlen einer antisozialistischen Gesetzgebung von Bismarckschem Zugschnitt. Man hatte es mit einer staatlichen Exekutive zu tun, die sich kompromissbereit zeigte und deren Konzessionen an Liberale und Sozialdemokraten in Fragen wie dem allgemeinen Wahlrecht dazu beitrugen, dem Radikalismus der Arbeiter die Spitze abzubrechen.

Kommunisten

Die sozialdemokratische Jugendbewegung missbilligte ebenso wie die Parteintellectualen den politischen Pragmatismus, der zu einem gemäßigten Standpunkt in ideologischen Grundsatzen geführt hatte. Ausgehend von der gemeinsamen Beteiligung an der Protestkampagne gegen den Ersten Weltkrieg, in dem Schweden neutral war, und inspiriert von der Oktoberrevolution 1917, bildete diese Gruppe die Kommunistische Partei, die als solche 1921 von der Dritten Internationale anerkannt wurde.

Zentrums-partei

Noch um 1900 lebte jeder zweite Schwede von der Landwirtschaft. Der traditionell gute Zugang zu den Kanälen der politischen Macht hatte eine Radikalisierung der Bauernschaft zum Teil verhindert. Im alten Reichstag vor 1866 waren die Bauern einer der Stände gewesen, und bei der Behandlung lokaler Angelegenheiten hatten sie stets Nutzen aus den weitreichenden Befugnissen ziehen können, die bei den Gemeinden lagen. Mit der fortschreitenden Industrialisierung fiel es den Bauern allerdings zunehmend schwerer, sich beispielsweise im konservativen Lager Gehör zu verschaffen. Im Jahr 1910, dem offiziellen Geburtsjahr der späteren Zentrums-partei, begannen Vertreter der Bauern die anderen Parteien zu verlassen.

Die ideologische Auseinandersetzung zwischen den Parteien

Schwedische Parteien identifizieren sich ziemlich stark mit ideologischen Grundwerten. Keiner von ihnen besteht jedoch sklavisch auf der Gültigkeit der ursprünglichen Theorien, insbesondere wenn es gilt, die Schriften von Mills, Smith, Marx und anderen auf den modernen

Wohlfahrtsstaat anzuwenden. Aber noch heute gibt es eine klare ideologische Trennungslinie zwischen den sozialistischen und den nichtsozialistischen Parteien. Während die Linkspartei und die Sozialdemokraten die Notwendigkeit betonten, dass eine demokratische Herrschaft auch die Wirtschaft umfassen muss, beharren die nichtsozialistischen Parteien darauf, dass die Demokratie allein in einer Marktwirtschaft erhalten werden kann.

Ausgangspunkte politischer Konflikte

Wie anderswo in Europa erstarrte das schwedische Parteiensystem in den 1920er Jahren in einer Form, in der sich die damals wichtigsten politischen Gegensätze in der Gesellschaft ausdrückten. Die Konfrontation zwischen rechts und links, zwischen dem nichtsozialistischen und dem sozialistischen Block hat die schwedische Demokratie allerdings nie paralysiert. Im Gefolge der ökonomischen Krise der 1930er Jahre näherten sich Sozialdemokraten und bürgerliche Parteien in den nordischen Ländern einander und gingen „rot-grüne“ Koalitionen ein. Damit wurde das Fundament für den modernen Wohlfahrtsstaat gelegt.

Die Reichstagswahlen von 1988 veränderten die politische Landschaft. Eine neue Partei — die Umweltpartei Die Grünen — gewann Sitze im Reichstag. Zum ersten Mal seit 1917 war dies einer neuen Partei aus eigener Kraft gelungen. Was war geschehen?

Wer die Entwicklung der schwedischen Gesellschaft in den letzten Jahrzehnten verfolgt hatte, war nicht so überrascht. Der Prozentsatz der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft war weiter gesunken und beträgt heute 2–3 %. Ein weiterer Faktor ist die Deindustrialisierung: zahlreiche schwedische Werften, Bergwerke, Stahlwerke und Textilfabriken wurden geschlossen. In der Produktion ist nur noch ein schrumpfender Anteil aller Erwerbstätigen beschäftigt. Arbeitslosigkeit stellte in dieser Periode des Strukturwandels jedoch kein wesentliches Problem dar. Hunderttausende kamen in den 1970er und 80er Jahren im öffentlichen Sektor unter. Weil die meisten davon Frauen waren, wies Schweden zu Beginn der 90er Jahre weltweit den höchsten Frauenanteil an der Erwerbsbevölkerung auf. Kurzum, Schweden hatte schnell die Industriegesellschaft hinter sich gelassen und befand sich auf gutem Wege in die postindustrielle oder Wissensgesellschaft.

Regierungen nach 1945

Jahr	Partei	Premierminister
1945–1951	S	P.A. Hansson/ T. Erlander
1951–1957	S/C	T. Erlander
1957–1976	S	T. Erlander/ O. Palme
1976–1978	C/M/FP	T. Fälldin
1978–1979	FP	O. Ullsten
1979–1981	C/M/FP	T. Fälldin
1981–1982	C/FP	T. Fälldin
1982–1991	S	O. Palme/ I. Carlsson
1991–1994	M/C/FP/KD	C. Bildt
1994–	S	I. Carlsson/ G. Persson

Über welche politischen Konflikte werden zukünftige politische Kämpfe ausgetragen? Werden postmaterielle Werte und nicht Ideologien die politische Tagesordnung in Form neuer Parteien und neuen Wahlverhaltens bestimmen? In den letzten Jahrzehnten haben die etablierten Parteien bei den Wählern an Boden verloren. Dies lässt sich aus dem rückläufigen Wahlverhalten nach Klassenzugehörigkeit und Parteienidentifikation schließen, das begleitet wird von einem wachsenden Misstrauen gegenüber dem politischen System im allgemeinen und den Parteien im besonderen. In der schwedischen Politik verdrängt themenbezogenes Wahlverhalten die klassenorientierte Stimmabgabe, wovon der Machtgewinn neuer Parteien seit 1988 wie der Umweltpartei und der Christlich-Demokratischen Partei zeugt.

Der äußere Rahmen des Parteiensystems

In Schweden können die etablierten Parteien auf Kosten von politischen Interessen Außenstehender jene Elemente des Systems beibehalten und sogar verstärken, die den Status quo begünstigen.

Eines dieser bewahrenden Elemente ist das Wahlgesetz. Da die Wahlen zum Reichstag, zu den Provinziallandtagen und Gemeinderäten (seit 1994 alle vier Jahre) gleichzeitig abgehalten werden, sind Wahlkämpfe überregionale Angelegenheiten, und das macht es kleinen, lokalen Parteien, die gleichwohl überregionale Ambitionen haben, schwer, die Aufmerksamkeit der Medien zu erringen. Obwohl dies auch heute so ist, sind in den letzten Jahren ein paar Änderungen eingetreten. Zwei neue Parteien — die Umweltpartei und die Neue Demokratie — haben starke Beachtung in den Medien gefunden, ehe sie Mandate im Reichstag gewinnen konnten.

Ein weiterer Faktor, der Individuen oder Fraktionen innerhalb einer Partei davon abhält, die etablierten Parteien mit unvermuteten Vorstößen oder Herausforderungen in Verlegenheit zu bringen, ist die Briefwahl. Man kann bereits ab einem Monat vor dem Wahltag seine Stimme durch Briefwahl abgeben, wobei der Stimmzettel gewöhnlich nur die Namen der Parteien enthält.

Die staatlichen Subventionen an die Parteien stärken die Struktur des Parteiensystems. Im Prinzip werden die Gelder entsprechend dem Stimmenanteil der Parteien aufgeteilt. 1999 wurden insgesamt 139,9 Millionen SEK verteilt.

Die Pressesubventionen, die in der Hauptsache den Tageszeitungen zugute kommen und sich 1998 auf 531,6 Millionen SEK beliefen, müssen ebenfalls berücksichtigt werden, da die schwedische Presse enge Bindungen an die Parteien hat. Diese Subventionen erleichtern den Druck auf die finanziellen Mittel der Parteiorganisationen.

Die Parteien und ihre Wähler

Der Reichstag, der seit 1971 aus nur einer Kammer besteht, hat 349 Mitglieder. Das

Wahlssystem basiert auf proportionalen Repräsentation. Der Stimmenanteil der Parteien wird in den unterschiedlichen gewählten Versammlungen auf nationaler und regionaler Ebene direkt in Sitze umgerechnet. Zwei Faktoren schränken das Verhältniswahlrecht ein. Um in den Reichstag zu gelangen, benötigt eine Partei mindestens 4% der landesweit abgegebenen Stimmen oder aber 12% der Stimmen in einem einzelnen Wahlkreis. Der andere Faktor, der das Verhältniswahlrecht einschränkt, ist die Einteilung des Landes in Wahlkreise in einer Weise, dass ein Mandat in der Stadt Stockholm mehr Stimmen „kostet“ als beispielsweise im Wahlkreis Insel Gotland, wo die Bevölkerung bedeutend kleiner ist. Dieses System wird durch den Wunsch motiviert, eine gleichmäßigere geographische Verteilung der Reichstagsmitglieder zu erreichen.

Bei den Wahlen von 1998 hatten die Wähler zum ersten Mal die Möglichkeit, auf einer Parteienliste den Namen eines Kandidaten anzukreuzen, den sie in den Reichstag (oder in die Gemeinderäte und Provinziallandtage) wählen wollten. Einer der Gründe dafür, dem Verhältniswahlrecht einen Personenwahlmechanismus hinzuzufügen, war die Distanz zwischen Wählern und Gewählten zu reduzieren. Beim Personenwahlssystem besteht eine Sperre von 8% für die Reichstagswahlen und von 5% für die Gemeinderats- und Provinziallandtagswahlen. Das bedeutet, dass ein bestimmter Reichstagskandidat auf wenigstens 8% der Stimmzettel seiner/ihrer Partei in jedem Wahlkreis (für Kandidaten bei lokalen Wahlen 5%) angekreuzt werden muss, um auf den ersten Platz der Nominierungsliste der Partei zu gelangen. Kandidaten mit Personenstimmen qualifizieren sich also vor den anderen Kandidaten für ein Mandat. Wenn kein Kandidat die 8%- oder 5%-Sperre übersteigt, bleibt die Nominierungsliste der Partei in Kraft.

Alle schwedischen Bürger ab 18 Jahre dürfen an allgemeinen Wahlen teilnehmen. Für die Provinziallandtags- und Gemeinderatswahlen gilt das aktive und passive Wahlrecht auch für Ausländer, die seit mindestens drei Jahren vor dem Wahltermin in Schweden ansässig sind.

Die Wahlbeteiligung war in Schweden traditionell hoch. Dies hat sich in den letzten Jahren geändert. Die Wahlbeteiligung liegt nun auf einem Niveau, das mit anderen westeuropäischen Ländern vergleichbar ist. Bei den Wahlen von 1998 betrug sie 81,4% verglichen mit 86,0% 1991 und 86,1% 1994. Bei den Wahlen zum Europaparlament 1999 belief sich die Wahlbeteiligung nur auf 38,4%.

Die Parteien im Reichstag

Regierungswechsel kommen in Schweden vergleichsweise selten vor. Seit 1945 haben in Schweden nur drei Reichstagswahlen zur unmittelbaren Ablösung der amtierenden Regierung geführt. Aber der Parlamentarismus war nicht immer eine solche friedliche Angelegenheit.

Das Prinzip des Parlamentarismus, wonach eine Regierung damit steht oder fällt, ob sie das Vertrauen des Parlaments besitzt, wurde erst 1975 in die Verfassung aufgenommen. In der Praxis allerdings gab die schwedische Monarchie ihre Beteiligung an der Machtausübung bereits 1917 auf, als Sozialdemokraten und Liberale eine Koalition eingingen. Danach wurde Schweden von schwachen Minderheitsregierungen von kurzer Dauer regiert, bis das rot-grüne Bündnis von 1936 die Sozialdemokraten und den Bauernbund zusammenführte.

Das parlamentarische System arbeitete bis in die späten 1980er Jahre mit nur fünf Parteien im Reichstag. Ein Anzeichen dafür, dass der schwedische Reichstag jetzt immer „europäischer“ wird, ist die wachsende Zahl der im

Die sieben Parteien im Reichstag

- Moderata Samlingspartiet, M*
Moderate Sammlungspartei (früher Rechtspartei)
- Folkpartiet Liberalerna, FP*
Liberale Partei
- Centerpartiet, C*
Zentrumspartei (früher Bauernbund)
- Kristdemokraterna, KD*
Christlich-Demokratische Partei
- Miljöpartiet de Gröna, MP*
Umweltpartei Die Grünen
- Socialdemokratiska Arbetarepartiet, S*
Sozialdemokratische Arbeiterpartei
- Vänsterpartiet, V*
Linkspartei (früher Linkspartei Kommunisten)

Reichstag vertretenen Parteien; ein weiteres sind die in den letzten Jahrzehnten häufigeren Regierungswechsel zwischen dem sozialistischen und dem nichtsozialistischen Block.

Die Moderate Sammlungspartei

1998 wurde der Moderaten Sammlungspartei erneut bestätigt, dass sie zwischen den Wahlterminen eine attraktive Partei darstellt, aber nicht am Wahltag. Nur ein Jahr vor den Wahlen erhielt die Partei in Meinungsumfragen eine Zustimmung von etwa 35%. Bei den Wahlen jedoch erzielten sie verglichen mit 1994, als sie 22,4% erhielten, nur ein Plus von 0,5% der gesamten Stimmzahl. Die Popularität der Partei vor den Wahlen stammte zum Teil aus die Tätigkeit ihres beliebten Vorsitzenden, Carl Bildt, von 1995 bis 1997 in Bosnien als ziviler Koordinator des Friedensvertrags. Der Partei gelang es jedoch nicht, diese Zustimmung bis zu den Wahlen aufrechtzuerhalten. Der Wahlkampf konzentrierte sich schließlich auf Themen der sozialen Wohlfahrt wie Gesundheitswesen, Schulen sowie Kinderbetreuung und Altenfürsorge. Die Moderate Sammlungspartei stellte eine ganz andere Frage in den Mittelpunkt, nämlich die Steuern, und verfolgte durchweg das Wahlkampftema „Steuerkürzungen“.

Auf dem Parteitag vom September 1999 wurde Bo Lundgren zum neuen Parteivorsitzenden ernannt. Auch andere Personen in der Parteiführung wurden ausgetauscht. Dies hatte vermutlich mehrere Ursachen; viele in der Partei hielten den früheren Parteivorsitzenden Carl Bildt für einen hervorragenden Parteiführer, der aber internationalen Aufgaben zu viel Zeit widmete; als weiterer Kritikpunkt wurde vorgebracht, dass die Parteispitze verjüngt/erneuert werden müsse. Die Partei unter der neuen Parteiführung signalisierte

Verteilung der Mandate im Einkammerreichstag

	M	FP	C	KD	NYD**	S	V	MP
1970	41	58	71	-	-	163	17	-
1973	51	34	90	-	-	156	19	-
1976	55	39	86	0	-	152	17	-
1979	73	38	64	0	-	154	20	-
1982	86	21	56	0	-	166	20	0
1985	76	51	44*	(1)*	-	159	19	0
1988	66	44	42	0	-	156	21	20
1991	80	33	31	26	25	138	16	0
1994	80	26	27	15	0	161	22	18
1998	82	17	18	42	0	131	43	16

*einschl. 1 Mandat für die Christlich-Demokratische Partei. ** Neue Demokratie

Ergebnisse der Reichstagswahlen in % der Wählerstimmen

	M	FP	C	KD	NYD	S	V	MP
1970	11,5	16,2	19,9	-	-	45,3	4,8	-
1973	14,3	9,4	25,1	-	-	43,6	5,3	-
1976	15,6	11,1	24,1	1,4	-	42,7	4,8	-
1979	20,3	10,6	18,1	1,4	-	43,2	5,6	-
1982	23,6	5,9	15,5	1,9	-	45,6	5,6	1,6
1985	21,3	14,2	12,4*	(2,6)*	-	44,7	5,4	1,5
1988	18,3	12,2	11,3	2,9	-	43,2	5,9	5,5
1991	21,9	9,1	8,5	7,1	6,7	37,7	4,5	3,4
1994	22,4	7,2	7,7	4,1	1,2	45,3	6,2	5,0
1998	22,9	4,7	5,1	11,8	0,1	36,4	12,0	4,5

*einschl. 2,6% für die Christlich-Demokratische Partei, die eine Listenverbindung mit der Zentrumspartei eingegangen war

siert, dass soziale Fragen wie Ausgrenzung und Segregation in der schwedischen Gesellschaft besonders berücksichtigt werden.

Die Liberale Partei

Das Wahlergebnis der Liberalen Partei von 1998 (4,7%) war das schlechteste in ihrer Geschichte. Dieser Umschwung kann auf eine Reihe von Faktoren zurückgeführt werden. Seit den Wahlen von 1994 hatte die Partei zweimal ihren Vorsitzenden gewechselt (gegenwärtig ist es Lars Leijonborg). Dies hatte ihre Glaubwürdigkeit oder Stabilität eher nicht gestärkt. Die dramatischen Verluste von 1998 können jedoch nicht allein den Führungswechseln zugeschrieben werden. Ein weiterer wichtiger Faktor ist das schwache Image der Partei. Sie hat sich von ihren früheren sozialliberalen Positionen entfernt und sich der Politik der Moderaten Sammlungspartei angenähert. Die Partei wird auf der linken Seite auch von der Sozialdemokratischen Partei bedrängt, die sich in sozialliberale Richtung orientiert.

Die Zentrumsparterie

Bei den letzten Wahlen setzte sich der negative Trend für die Zentrumsparterie fort, der 1976 begann, und sie erhielt nur 5,1% der Stimmen. Die Partei schloss mit den regierenden Sozialdemokraten im Frühjahr 1995 ein relativ formalisiertes Bündnis. Die Zusammenarbeit dauerte bis ein halbes Jahr vor den Wahlen 1998 und wurde von Bemühungen dominiert, den Staatshaushalt wieder in Ordnung zu bringen. Dies bedeutete im großen und ganzen die Kürzung von Sozialleistungen. Innerhalb der Zentrumsparterie herrschte eine relativ große Unzufriedenheit über das Bündnis der Partei mit den Sozialdemokraten. Diese führte drei Monate vor den Wahlen im September zum Austausch des Parteivorsitzenden Olof Johansson durch einen neuen Parteiführer, Lennart Daléus. Im folgenden Wahlkampf präsentierte sich die Partei nicht als ein Element einer nichtsozialistischen Alternative. Statt dessen entschied sie sich für eine Initiative der „Parteien der Mitte“. Beabsichtigt wurde die Bildung einer Koalitionsregierung der Zentrumsparterie mit anderen nichtsozialistischen Parteien im mittleren Spektrum. Diese Strategie erwies sich jedoch als wenig erfolgreich, wenn man das Wahlergebnis betrachtet. Die Partei ist in den größeren Städten praktisch verschwunden und sie erhält heute Stimmen aus ländlichen Gegenden. Die Zentrumsparterie steht jetzt vor der Wahl, entweder ihr politisches Image zu ändern und dadurch für neue Wählerkategorien attraktiv zu werden oder eine ausschließlich ländliche Partei zu werden.

Die Christlich-Demokratische Partei

Einer der großen Gewinner der letzten Wahlen war die Christlich-Demokratische Partei. Die Partei verdreifachte ihren Stimmenanteil von 4,1% 1994 auf 11,8% 1998. Es gelang ihr, sich auf die sozialen Fragen — Gesundheitswesen, Schulen, Kinderbetreuung und Altenfürsorge — zu konzentrieren, die den Kern des Wahlkampfes bildeten. Ein wichtiger Grund waren die Fähigkeiten des dienstältesten Parteivorsitzenden Schwedens — Alf Svensson, der die Partei seit 1973 führt. Es gelang ihm auch relativ gut, das durch eine ablehnende Haltung zum Schwangerschaftsabbruch geprägte Image der Partei abzuschütteln und die Christlich-Demokratische Partei als eine im übrigen sozial konservative Partei zu präsentieren. Die sensationellen Gewinne der Partei sind vielleicht nicht von Dauer. Die Unterstützung der Wähler für die Christdemokraten schwankte in der Legislaturperiode 1994–1998 um 4% und stieg dann in den letzten beiden Wochen des Wahlkampfes

Die allgemeinen und wirtschaftspolitischen Grundsatzpositionen der im Reichstag vertretenen Parteien (nach den aktuellen Parteiprogrammen)

Moderate Sammlungspartei

Auch eine Gesellschaft mit Marktwirtschaft braucht selbstverständlich eine Staatsgewalt, um rechtliche und soziale Sicherheit, militärische Verteidigung, Gesundheitswesen und Sozialdienstleistungen, Bildungswesen usw. zu garantieren. Die Macht des öffentlichen Sektors, die durch den schwedischen Staat und lokale Regierungen ausgeübt wird, hat sich jedoch ausgeweitet und spezialisiert und ist immer schwieriger zu kontrollieren. Umfang und Form der Sozialpolitik haben eine derartig hohe Steuerbelastung mit sich gebracht, dass sowohl das Funktionieren der Wirtschaft als auch die Unabhängigkeit auf der individuellen Ebene stark eingeschränkt worden sind. Freies Unternehmertum ist die Grundlage des Wohlstands.

Liberale Partei

Das Ziel des Liberalismus ist, individuelle Freiheit und Lebenschancen sicherzustellen. Der freie Wettbewerb von Ideen, Information, Waren und Dienstleistungen ist die Grundlage westlicher Wissenschaft, Kultur, Demokratie und der Marktwirtschaft. Die Marktwirtschaft ist der sicherste Weg zu Wohlstand und das einzige Wirtschaftssystem, das mit Demokratie vereinbar ist. Die Marktwirtschaft muss jedoch durch politische Entscheidungen ergänzt werden, die Gegensätze überbrücken und mehr Gerechtigkeit schaffen.

Zentrumsparterie

Humanismus und ein fundamental ökologischer Ansatz werden in der Ideologie des Öko-Humanismus der Zentrumsparterie vereint. Öko-Humanismus beinhaltet eine Einstellung zu Mensch und Umwelt, die auf dem Respekt für das Leben basiert. Menschen und Unternehmen sollten in allen Teilen des Landes gleiche Bedingungen genießen. Regionales Gleichgewicht ist eine Voraussetzung für die Wahlfreiheit der Menschen in Leben und Arbeit. Eine soziale und umweltgerechte Marktwirtschaft bietet die besten Bedingungen für nachhaltige Entwicklung.

Christlich-Demokratische Partei

Die Partei steht für die jüdisch-christliche Ethik als grundlegende Lehre, welche die besten Bedingungen für eine „gute“ Gesellschaft

schaft. Die Marktwirtschaft an sich ist nicht in der Lage, die gute Gesellschaft hervorzubringen. Eine gute Gesellschaft entsteht aus einer Marktwirtschaft, die auf ethischen Grundlagen basiert und von sozialen und ökologischen Aspekten bestimmt wird. Die Partei strebt nach einer ökologischen und sozialen Marktwirtschaft.

Umweltpartei Die Grünen

Die Partei hat die Vision demokratischer Gemeinschaften, die langfristig nachhaltig sind und auf lokaler und globaler Ebene innerhalb der Grenzen der Natur leben und arbeiten. Unser gegenwärtiges Wirtschaftssystem führt zum Verbrauch von Naturressourcen und der Reduktion der produktiven Fähigkeiten der Natur. Statt dessen müssen wir lernen, von den Erträgen der Natur zu leben. Eine ökozyklische Wirtschaft basiert auf der Kenntnis ökologischer Kontexte und der Einsicht in die Endlichkeit der irdischen Ressourcen.

Sozialdemokraten

Demokratischer Sozialismus basiert auf dem Verlangen, Freiheit, Gleichheit und Solidarität zu schaffen. Das Recht, über die Produktion und deren Absatz zu entscheiden soll beim ganzen Volk liegen. Wohlstand für alle setzt voraus, dass die Ergebnisse der Produktion gerecht verteilt werden – und dass es genug zu verteilen gibt. Diese Ziele können nur durch eine Kombination von staatlicher Kontrolle und Marktwirtschaft erreicht werden.

Linkspartei

Die Linkspartei ist eine sozialistische und feministische Partei. Der sozialistische Ansatz der Partei basiert auf demokratischen Idealen. Sie drückt das Verlangen der Menschen nach Freiheit, Gleichheit und einer umweltgerechten Gesellschaft aus. Die Macht des Kapitals muss beendet werden. Die Wirtschaft muss demokratisiert werden. Die Eigentumsrechte müssen eingeschränkt werden. Übergreifende wirtschaftliche Entscheidungen müssen von Reichstag und Regierung getroffen werden. Die Wirtschaftspolitik muss die Produktion auf der Grundlage menschlicher Bedürfnisse lenken und sie an natürliche Ökozyklen anpassen.

sprunghaft an. Dies könnte ein Anzeichen dafür sein, dass sich die hinzugewonnenen Wähler der Partei in zukünftigen Wahlen als sehr beweglich erweisen werden.

Die Umweltpartei Die Grünen

Die Partei hat etwas an Zustimmung verloren, sie sank von 5,0% 1994 auf 4,5% 1998. Dies kann darauf zurückgeführt werden, dass Umweltfragen verglichen mit Arbeitslosigkeit und Sozialpolitik eine kleinere Rolle im politischen Diskurs spielen. Ein weiterer Grund ist, dass die Grünen keinen Parteiführer haben. Statt dessen haben sie zwei „Sprecher“, dieses System vermittelt nicht immer ein deutliches Bild der Politik der Grünen. Trotz des Verlustes an Zustimmung befindet sich die Partei aufgrund ihres Bündnisses mit den regierenden Sozialdemokraten und der Linkspartei in einer stärkeren Position als jemals zuvor. Der Widerstand der Grünen Partei gegen die Europäische Union (EU) und deren Währungsunion (EMU) hat ihr nicht geholfen, Stimmen zu gewinnen. Die Frage ist, ob sie im Gegensatz zu allen anderen

grünen Parteien Europas langfristig ihre Anti-EU-Haltung beibehalten wird. Ein Anzeichen dafür, dass sich in der Partei eine geänderte Einstellung abzeichnen könnte, ist ihre Erklärung, die EU ganz zu akzeptieren, falls die Schweden sich in einer Volksabstimmung für einen Beitritt zur EMU aussprechen.

Die Sozialdemokraten

Die Sozialdemokraten waren die größten Verlierer bei den letzten Wahlen. Die Partei sank von 45,3% der Stimmen 1994 auf 36,4% 1998. Dies war eine der größten Wahlniederlagen, die jemals einer schwedischen Partei widerfahren ist. Sie bedeutet, dass das Wahlergebnis der Sozialdemokraten auf ungefähr das gleiche Niveau wie zu Beginn der 1920er Jahre gesunken ist. Die Partei schwächte ihr großes Wahlversprechen von 1994 ab, die Arbeitslosigkeit bis zum Jahr 2000 auf eine Arbeitslosenquote von nur 4% zu verringern. Statt dessen konzentrierten sich die Sozialdemokraten darauf, die schwedischen Staatsfinanzen wieder in Ordnung zu bringen, was ihnen auch gelang.

Diese Haushaltskürzungen wirkten sich hauptsächlich auf allgemeine Wohlfahrtsysteme aus und waren damit nachteilig für traditionell sozialdemokratische Wählergruppen. Die Partei verlor Stimmen an die Linkspartei. Außerdem entschied sich ein hoher Anteil der Parteisympathisanten am Wahltag zu Hause zu bleiben. Es gelang den Sozialdemokraten an der Macht zu bleiben, indem sie ein Bündnis mit der Linkspartei und der Umweltpartei schlossen.

Die Linkspartei

1998 erzielte die Linkspartei ihr absolut bestes Wahlergebnis, indem sie 12% der Stimmen auf sich vereinigen konnte und damit ihre Unterstützung verdoppelte. Der Erfolg der Partei war größtenteils auf die Unzufriedenheit mit der Sozialdemokratischen Partei und deren Bündnis mit der Zentrumsparterie zurückzuführen. Die Linkspartei hat sich von der kommunistischen Ära distanziert und sich mehr in Richtung sozialdemokratischer Positionen orientiert. Sie dient jetzt als Alternative für Sozialdemokraten des linken Flügels. Als dritter Faktor ist die Parteivorsitzende Gudrun Schyman mediengewandt und sie versteht es, der Partei das Image eines Bollwerks im Kampf für die Gleichstellung der Geschlechter zu verleihen. Anders als die Erfolge der Christlich-Demokratischen Partei könnte der Zugewinn der Linkspartei von dauerhafterer Natur sein, da Meinungsumfragen in den letzten Jahren eine Zustimmung von etwa 10% für die Partei festgestellt haben. Die absehbare Zukunft der Partei erscheint also relativ glänzend, jedenfalls solange die Sozialdemokraten kein Bündnis mit den nichtsozialistischen Parteien der „Mitte“ in Erwägung ziehen. Falls die Sozialdemokraten dies tun, wird die Linkspartei vielleicht tatsächlich die Anzahl ihrer Reichstagsmandate erhöhen können, aber sie wird von jeder Regierungsbeteiligung völlig ausgeschlossen sein.

Zusammenfassung der Wahlergebnisse von 1998

Die Sozialdemokraten blieben an der Macht trotz ihrer dramatischen Wahlniederlage, 36,4% der Stimmen verglichen mit 45,3% 1994. Dies war möglich aufgrund des starken Vorrückens der Linkspartei (von 6,2% 1994 auf 12,0% 1998) und der Entscheidung der Umweltpartei — bereits während der Wahlkampfes — Göran Persson, den Vorsitzenden der Sozialdemokraten, als Premierminister zu unterstützen.

Die Veränderungen im nichtsozialistischen Block waren mindestens so dramatisch wie im sozialistischen. Die Christlich-Demokratische Partei wuchs zur zweitgrößten nichtsozialistischen Partei (11,8%), während die Stimmzahlen für die Liberalen und die Zentrumsparterie zurückgingen (auf jeweils 4,7% und 5,1%). Heute sind die beiden letztgenannten nicht weit von der 4%-Sperrschwelle entfernt, die sie als im Reichstag vertretene Parteien nicht unterschreiten dürfen. Insgesamt erhöhten die nichtsozialistischen Parteien jedoch die Anzahl ihrer Reichstagsmandate von 148 im Jahr 1994 auf 159 Sitze 1998.

Die Wahlen von 1998 waren ein Protest gegen politische Parteien im allgemeinen. Die Wahlbeteiligung ging stark zurück, besonders für die regierenden Sozialdemokraten. Die Wurzel dieser Unzufriedenheit waren die Haushaltskürzungen in der Legislaturperiode 1994–1998, die zu beträchtlichen Einsparungen bei Sozialleistungen geführt hatten. Ein wachsendes Misstrauen gegenüber Politikern wurde durch eine Reihe von Skandalen genährt, besonders in bestimmten Gemeinden, wo Politiker dabei ertappt worden waren, wie sie das Geld der Steuerzahler für private Reisen, Nachtclubbesuche usw. missbraucht hatten. Ein weiteres Anzeichen dafür, dass die etablierten Parteien an Boden verlieren, ist die beträchtliche Zunahme lokaler Parteien in den kommunalen und regionalen Versammlungen. Lokale Parteien sind jetzt in etwa der Hälfte der Gemeinderäte Schwedens und in einem Drittel der Provinziallandtage vertreten.

Die Möglichkeit, sich zum ersten Mal in der politischen Geschichte Schwedens für einzelne Kandidaten zu entscheiden, verringerte die Distanz zwischen Wählern und gewählten Repräsentanten nicht, obwohl dies die Absicht der Reform war. Bei den Reichstagswahlen nutzten 29,9% die Möglichkeit, den Namen eines Kandidaten anzukreuzen, bei den Kommunalwahlen waren es etwa 43%. Die Möglichkeit der Personwahl wurde besonders oft in ländlichen Gegenden und weniger in Großstädten genutzt. Die Wähler der Zentrumsparterie machten am stärksten von der Möglichkeit Gebrauch, der Bevorzugung eines Kandidaten Ausdruck zu verleihen. Die Kritik der schwedischen Version eines Personwahlsystems konzentriert sich hauptsächlich auf die hohen Sperrn, 8% bei Reichstagswahlen und 5% bei lokalen Wahlen. Eine Folge davon ist, dass Parteilisten immer noch — in großem Ausmaß — ausschlaggebend dafür sind, welche Kandidaten gewählt werden.

Die Wahlergebnisse von 1998 können auch auf einen Trend in europäische Richtung hinweisen. Es stimmt, dass frühere Regierungen in Schweden fast immer über eine Minderheit im Reichstag verfügten und somit bei Abstimmungen im Reichstag von der Unterstützung durch eine andere Partei abhängig waren. Im Unterschied dazu ist die Regierung in den letzten Jahren stärker formalisierte Bündnisse mit anderen Parteien eingegangen, ohne Rücksicht auf die Grenze zwischen dem sozialistischen und dem nichtsozialistischen Block in der schwedischen Politik.

Die EU-Wahlen 1999

Schweden wurde am 1. Januar 1995 Mitglied der Europäischen Union. Als Schweden im September 1995 zum ersten Mal an den Wahlen zum Europaparlament teilnahm, betrug die Wahlbeteiligung nur 41,6%, was für große Aufregung in der politischen Debatte sorgte. Die zweiten Wahlen zum Europaparlament im Juni 1999 machten deutlich, dass die Schweden von der Bedeutung der EU nicht überzeugt geworden waren. Trotz des großen Medieninsatzes und umfassender Informationen über die

Verteilung der schwedischen Mandate im Europäischen Parlament

	M	FP	C	KD	S	V	MP
1995	5	1	2	—	7	3	4
1999	5	3	1	2	6	3	2

EU-Wahl sowie der Anstrengungen der Parteien für die Wahlen zu werben, sank die Wahlbeteiligung auf 38,4%. Die Ursachen für die niedrige Wahlbeteiligung liegen in der großen Skepsis gegenüber der EU, die seit der Volksabstimmung über den Beitritt im Jahr 1994 nicht verschwunden ist. Das Ansehen der EU-Institutionen hat sich ja auch durch die Aufdeckung von Korruptionsskandalen bei der EU-Kommission nicht verbessert, welche die Berichterstattung über die EU im letzten Jahr beherrscht haben.

Den relativ größten Verlust erlitt die Umweltpartei, indem sie nur 9,5% der Stimmen erhielt (17,2%, 1995). Die Partei halbierte damit ihre Vertretung im Parlament. Der Rückgang der Umweltpartei kann darauf zurückgeführt werden, dass die Partei bei der vorhergehenden EU-Wahl ein Sammelbecken für viele enttäuschte Neinsager darstellte, d.h. Personen, die gegen den EU-Beitritt waren. Zum Teil können die Verluste auch mit dem schwachen Ergebnis bei den Reichstagswahlen von 1998 erklärt werden.

Gewinner der EU-Wahlen von 1999 waren die Liberale Partei und die Christlich-Demokratische Partei. Die Liberale Partei verdreifachte die Zahl ihrer Sitze. Die in den Medien stark beachtete Strategie der Partei, eine bekannte Person (Marit Paulsen) auf dem ersten Platz des Stimmzettels zu lancieren, erwies sich als gescheitert. Auch die Christlich-Demokratische Partei setzte eine relativ bekannte Person auf den ersten Platz des Stimmzettels. Ein großer Durchbruch erfolgte nicht, doch hielt die Popularität der Partei an, die sich bei den Reichstagswahlen 1998 gezeigt hatte, und sie bekam zwei Mandate.

Die Sozialdemokraten verloren ein Mandat, erzielten jedoch ein relativ gutes Ergebnis im Vergleich zur vorherigen EU-Wahl. Die Partei ist hinsichtlich der EU noch immer gespalten, dies gilt auch für die Einstellung zur Währungsunion. Auf einem außerordentlichen Parteitag im März 2000 wurde beschlossen, dass die Frage der schwedischen Teilnahme an der Währungsunion durch ein Referendum entschieden werden soll. Der Zeitpunkt dafür wurde noch nicht festgelegt. Die Zentrumsparterie, die in der EU-Frage ebenfalls gespalten ist, verlor ein Mandat.

Erzielte die eine negativ zur EU eingestellte Partei schlechte Ergebnisse, so ging es der anderen desto besser. Die Linkspartei mit ihrer eindeutigen Ablehnung der EU vergrößerte ihre Zustimmung und konnte ihre drei Mandate im EU-Parlament verteidigen. Auch die Moderate Sammlungspartei erhielt ungefähr die gleiche Stimmzahl wie bei den Reichstagswahlen von 1998 und behielt ihre fünf Mandate.

Das Schwedische Institut (SI) ist eine staatliche Einrichtung mit dem Auftrag, im Ausland über Schweden zu informieren. Es gibt in zahlreichen Sprachen eine breite Palette von Veröffentlichungen über verschiedene Aspekte der schwedischen Gesellschaft heraus.

Dieser Tatsachenbericht ist Teil des Informationsdienstes des SI und darf unter Angabe der Quelle als Hintergrundinformation verwendet werden.

Für nähere Auskünfte wenden Sie sich bitte an die Schwedische Botschaft bzw. das Schwedische Konsulat in Ihrem Land, oder das Schwedische Institut: Box 7434, SE-103 91 Stockholm, Schweden. Besuchsadresse: Sverigehuset (Schweden-Haus), Hamngatan/Kungsträdgårderna, Stockholm. Tel: +46-8-789 20 00 Fax: +46-8-20 72 48 E-mail: order@si.se Internet: www.si.se

